

Anhebung des Hartz IV-Regelsatzes gefordert

STIPPVISITE Hessens Diakonie-Vorsitzender Horst Rühl informiert sich in Weststadt / Plädoyer für zweiten und dritten Arbeitsmarkt

GIESSEN (olz). Eine gerechte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft hat Hessens Diakonie-Vorsitzender Horst Rühl gestern bei seinem Besuch in der Stadt aus Anlass des „Internationalen Tags für die Beseitigung der Armut“ gefordert. Neben besseren Chancen auf Bildung und der Wertschätzung durch Beschäftigung nahm Rühl auch die so genannten Transferleistungen in den Blick: „Der Regelsatz von Hartz IV muss um mindestens 70 Euro auf 480 Euro steigen“, sagte Rühl. Bei der Visite besuchte er etwa die Tafel, das Wilhelm-Liebke-Haus und die Jugendwerkstatt sowie die Gummiinsel. „Der Weg durch das Quartier hat mir deut-

lich gemacht, dass Armut und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft immer noch auf bestimmte Gruppen und Wohnorte festgelegt sind“, erklärte Rühl im Anschluss an den Rundgang vor Medienvertretern. Gleichzeitig habe sich bei dem Gang wieder einmal gezeigt, dass die Thematik Armut aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein verdrängt sei.

Rühl forderte eine Aufhebung dieser Verdrängung und zugleich die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen. In diesem Zusammenhang müsse unter anderem der Regelsatz von Hartz IV deutlich erhöht werden. Ein Punkt, an dem Armut sichtbar werde,

seien die Tafeln, die der Pfarrer als Kristallisationspunkte bezeichnete. Das gesellschaftliche Ziel müsse jedoch sein, dass man die Einrichtungen zukünftig nicht mehr brauche, was unter anderem durch die Bekämpfung von Armut erreicht werden könne.

Als erfolgreiche Strategie in diesem Kontext nannte der Gast die Wertschätzung über Arbeit: Er forderte die Umwandlung der Transferleistungen in einen zweiten und dritten Arbeitsmarkt, der Menschen ihren Potenzialen gemäß mit staatlicher Förderung Beschäftigung ermöglicht. Dies käme auch den Sozialkassen zugute, in die die neuen Arbeitnehmer ebenfalls ein-

zahlten. Ein solches System sei aus seiner Sicht auch nötig, um Flüchtlinge in die Gesellschaft zu integrieren. Im Kontext der Flüchtlingsarbeit mahnte Rühl eine unabhängige Verfahrensberatung an, um sie von den „Mehrfachinteressen“ des Staates unabhängig zu machen.

Derzeit sei man in der Sache in konkreten Gesprächen mit der Landesregierung; der Diakonie-Vorsitzende zeigte sich daher vorsichtig optimistisch. Anders als in Bundesländern wie Rheinland Pfalz und Baden Württemberg wird die Verfahrensberatung in Hessen aktuell überwiegend von den evangelischen Kirchen finanziert.